

Nachrichten



PIERIN VINCENZ
Forscher
Raiffeisen-Chef

Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz hat nichts gegen einen Datenaustausch mit der EU. **SEITE 12 + 13**

+++ Touristiker aus aller Welt in Bern **SEITE 14** +++ Google und die Energiedrachen **SEITE 15** +++ Proteste in der Türkei **SEITE 16**

11

Erdogan macht in der Türkei eigene Werte zum Gesetz

Er lässt friedliche Demonstranten in einem Istanbuler Park von der Polizei zusammenknüpfeln, er erklärt seine Moralvorstellungen zum Mass aller Dinge: Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ist immer weniger gewillt, auf Kritik oder Einwände Andersdenkender einzugehen.

Nach zehn Jahren an der Regierung ist Erdogan mit seiner Partei AKP so stark wie kein anderer türkischer Politiker seit einem halben Jahrhundert. Ist das dem erfolgsverwöhnten Premier zu Kopf gestiegen? Seine Kritiker sehen das so. Mit dem neuen Alkoholgesetz etwa, das Bier, Wein und Schnaps aus dem öffentlichen Leben der Türkei verbannen soll, habe

BZ Kommentar



Susanne Güsten,
Korrespondentin in
Istanbul, zu den
Protesten in der Türkei

Erdogan sein wahres Gesicht gezeigt, sagt die Opposition. Tatsächlich erklärte der Ministerpräsident, wer Alkohol trinken wolle, solle das eben zu Hause tun. Genau da liegt das Problem. Der 59-Jährige will Leute, die das anders sehen, nicht einfach in Ruhe lassen. Er will ihnen vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben.

Jahrelang beklagten sich islamisch-konservative Türken wie Erdogan zu Recht über eine Einmischung durch säkulare Hardliner im Staatsapparat, die zum Beispiel jungen Türkinnen vorschrieben, wie sie sich an der Uni zu kleiden hatten. Jetzt beginnt Erdogan selbst, seine eigenen Wertvorstellungen zur Grundlage staatlichen Handelns zu

machen. Gegenüber Kritikern verweist Erdogan stets darauf, dass er ein demokratisches Mandat für seine Politik habe, das sich auf einen Stimmenanteil von fast 50 Prozent abstützt.

Mittlerweile haben jedoch selbst AKP-Mitglieder und Erdogan-Anhänger in den Medien den Eindruck, dass die Regierung zu weit geht. Ein Jahr vor einer Präsidentschaftswahl, die Erdogan gewinnen will, steigt das Unbehagen. Möglicherweise gibt das dem Premier zu denken, denn er weiss: Die Wähler haben die Macht, ihn in die Schranken zu weisen.

Bericht: Seite 16
Mail: ausland@bernerzeitung.ch

BZ Namen

Der im April 2011 freigesprochene, ehemalige Privatbankier **Oskar Holenweger** glaubt, er sei faktisch zum Verkauf seiner



Bank Tempus gezwungen worden. Deshalb hat er im April 2012 ein Gesuch wegen einer Staatshaftung an die Eidgenossenschaft und die Finanzmarktaufsicht gestellt, wie erst jetzt bekannt wird. Gemäss der «NZZ am Sonntag» richtet Holenweger zudem schwere Vorwürfe an die Revisionsgesellschaft KPMG. Holenweger beschuldigt die Firma laut einem Sprecher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Falschinformationen verbreitet zu haben und Mitversacherin des von den Behörden «erfundene Anfangsverdachts» zu sein. Die damalige Bankenkommission hatte die KPMG vor rund zehn Jahren beauftragt zu prüfen, ob Holenwegers Tempus-Bank das Gesetz einhalte. Auslöser waren Vorwürfe der Bundesanwaltschaft, Holenweger habe für Drogenkartelle gearbeitet. 2004 wurde Holenweger in Haft gesetzt. Vor zwei Jahren wurde er schliesslich freigesprochen.

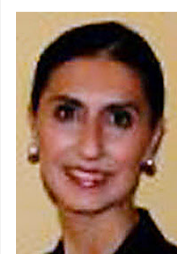
Martin Dumermuth, Chef des Bundesamts für Kommunikation, beherrscht die Kunst des Verhandlens. Er wird am 1. November neuer Direktor des



Bundesamts für Justiz, wie kürzlich bekannt wurde. Sein Nebenamt als Verwaltungsrat der AEK-Bank in Thun ist mit

seiner neuen Funktion nicht mehr vereinbar. Da er das Amt abgeben wird, erhält er zusätzlich zu seinem Lohn von rund 310 000 Franken künftig einen Zuschlag, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet. Zur Höhe sagt Dumermuth bloss, dass sie zwischen 15 000 und 31 000 Franken liegt.

Die Zulage ist aber noch nicht definitiv abgesegnet: Die Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte muss ihr noch zustimmen. Der künftige Hüter über das Schweizer Recht sieht sich im Recht: Der Austritt aus dem Verwaltungsrat bedeute für ihn nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen emotionalen Verlust, da sein Vater langjähriger Direktor der Bank gewesen sei.



Der abgetretene US-Botschafter Donald S. Beyer könnte schon bald eine Nachfolgerin erhalten. Gemäss der «Washington Post» will US-Präsident Barack Obama die Bankerin **Azita Raji** nach Bern schicken.

Die ehemalige Investmentbankerin aus San Francisco soll im letzten Wahlkampf drei Millionen Dollar für Obama gesammelt haben. **sda/sny**

Bei den Pensionskassen hält Bern mit

VORSORGE Bern verhält sich den Staatsangestellten und Lehrpersonen gegenüber etwa durchschnittlich grosszügig, zeigt ein Vergleich der kantonalen Pensionskassen. Im Unterschied zu Bern garantieren aber die meisten Kantone die Rentenhöhe nicht mehr.

Bei den Löhnen hinkt der Kanton Bern hinterher, primär in der Gruppe der 30- bis 45-Jährigen. Über die Altersvorsorge jedoch können sich das Staatspersonal und die Lehrerschaft nicht beklagen: Die Beiträge, die der Kanton Bern als Arbeitgeber in die Pensionskassen BPK und BLVK einzahlte, liegen fast genau im Durchschnitt der öffentlichen Vorsorgewerke. Dies zeigt ein Vergleich, den die Berner Regierung von ihrem externen Pensionskassen-Berater, Stephan Wyss von Swisscanto, erstellen liess.

Er hat die BPK und die BLVK mit den Kassen der Deutschschweizer Kantone, der Stadt Zürich und des Bundes verglichen; um die Extreme abzubilden, umfasst der Vergleich auch die komfortable Pensionskasse der Credit Suisse sowie den BVG-Minimalplan des Wirtverbandes Gastrosocial (siehe Tabelle).

58 Prozent zahlt der Staat

Bern liegt durchwegs ziemlich genau in der Mitte. Das gilt nicht nur für die Höhe der Beiträge (Lohnabzüge), die der Kanton und die Angestellten einzahlen müssen, sondern auch für die Aufteilung der Sparbeiträge auf Arbeitgeber und -nehmer. Der Kanton Bern trägt im Schnitt 58 Prozent an die Finanzierung der Renten seiner Angestellten bei. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Berner Kassen

ab 2015 wie geplant ins Beitragsprimat wechseln: Der Wechsel ist so vorbereitet, dass das Gesamtniveau der Beiträge unverändert bleibt. Sprich: Bern wird weiterhin im Durchschnitt liegen – allerdings ist mit dem Primatwechsel die genaue Höhe der Rente nicht mehr garantiert.

Als grosszügig erweist sich neben der CS etwa die Publica, die Pensionskasse des Bundes, die dem Personal über 62 Prozent der Altersrente finanziert. Spendabler als Bern sind auch gut-situierte Kantone wie Zug, Zürich, Schaffhausen oder Schwyz. Knausriger sind Nid- und Obwalden oder Ausserrhoden.

Rendite ist entscheidend

Knapp über dem Mittelwert liegen die Berner Kassen beim dritten Punkt, bei der Gesamtsumme der Sparbeiträge, die bei einer Karriere von 25 bis 65 Jahren zusammenkommen.

Wichtig: Dieser Vergleich basiert einzig auf den Beiträgen, die Angestellte und Arbeitgeber einzahlen. Er blendet die Renditen aus, welche die Pensionskassen mit dem einbezahlten Geld an den Kapitalmärkten erwirtschaften. So erlaubt der Vergleich eine Aussage zur Frage, wie grosszügig die einzelnen Arbeitgeber sind.

Wie hoch die Renten ausfallen, hängt dann aber stark davon ab, wie geschickt die Pensionskassen das Geld anlegen. Gerade die letzten Jahre zeigten, dass die Renditen von überragender Bedeutung sind. Weil sie ausser 2012 tief ausfielen, haben viele Kassen den erwerbstätigen Versicherten auf dem Alterskapital weniger Zins gutgeschrieben. Viele senkten auch den Umwandlungssatz, der bestimmt, wie das Kapital in eine Rente umgerechnet wird: Liegt er bei 6 Prozent, erhält man pro 100 000 Franken Sparguthaben 6000 Franken Jahresrente.

Von solchen Unwägbarkeiten blieben Staatspersonal und Lehrerschaft in Bern im Unterschied zum Personal der meisten anderen Kantone bisher verschont: Ihre Pensionskassen werden nach wie vor im Leistungsprimat geführt, obwohl der Grosse Rat



Staatsangestellte demonstrierten im März 2013 auf dem Bundesplatz für bessere Arbeitsbedingungen. *Nadia Schweizer*

schon 2008 entschieden hat, die Regierung solle den Wechsel zum Beitragsprimat in die Wege leiten.

Nicht finanzierte Versprechen

Das bedeutet, dass die Renten zurzeit noch fix in Prozent des letzten Lohns garantiert sind. Deshalb waren die Kassen auch in den letzten Jahren gezwungen, den Erwerbstätigen überhöhte Zinsen von 4 respektive 3,5 Prozent gutzuschreiben und für Neurentner überhöhte Renten zu sprechen, obwohl sie für beides nicht die notwendigen Renditen erwirtschaften konnten.

Als Folge erhöhte sich die Unterdeckung beider Kassen stark, gesamthaft auf nunmehr 4 Milliarden Franken (Ende 2012). Das lag auch daran, dass die Kassen notgedrungen ihre Renditeerwartungen (technischer Zins) nach unten korrigierten. Das führt beim Leistungsprimat zu einem starken Anwachsen der Deckungslücke: Um die versprochenen Renten erreichen zu können, müssen die Kassen auch die Gut-haben der Erwerbstätigen aufstoc-ken. Verhindern lassen hätte sich dies über einen Leistungsabbau, eine Rentenkürzung, analog zur Senkung der Umwandlungssätze oder der Verzinsung bei Beitrags-primatkassen. Aber das war nie ein Thema. *Fabian Schäfer*

VERGLEICH

So grosszügig sind die kantonalen Pensionskassen ausgestattet

Vergleich der Pensionskassen der Deutschschweizer Kantone, der Stadt Zürich und des Bundes sowie als Rahmen zwei Extrembeispiele: die Grossbank Credit Suisse und eine BVG-Minimumkasse (Wirtverband):

| Pensionskasse * | So viel zahlen Arbeitgeber und -nehmer insgesamt von 25 bis 65 ein in Franken (ohne Zinsen, das heisst, die Rendite wird hier ausgeblendet) | Anteil Arbeitgeber in Prozent |
|---------------------------------|--|-------------------------------|
| Credit Suisse** | 575 000 | 69,9 |
| Schaffhausen | 515 000 | 60 |
| Solothurn | 510 000 | 58 |
| Schwyz | 501 000 | 58,4 |
| Luzern | 500 000 | 54,5 |
| Zug | 491 000 | 60 |
| Zürich | 481 000 | 60,2 |
| Uri | 478 000 | 57,8 |
| Bern: BLVK | 474 000 | 58 |
| Bund (Publica) | 468 000 | 62,6 |
| Bern: BPK | 466 000 | 58 |
| Stadt Zürich | 465 000 | 62,2 |
| Durchschnitt (ohne Bern) | 458 000 | 57,7 |
| Appenzell Ausserrhoden | 456 000 | 50,8 |
| Baselland | 446 000 | 60 |
| Aargau | 443 000 | 59,3 |
| Glarus | 441 000 | 57,5 |
| Appenzell Innerrhoden | 436 000 | 56,9 |
| Nidwalden | 428 000 | 50 |
| Thurgau | 427 000 | 55,6 |
| Graubünden | 404 000 | 60 |
| Obwalden | 376 000 | 55,1 |
| Gastrosocial** | 304 000 | 50 |

Alle Berechnungen gelten für einen Angestellten mit dem maximalen AHV-rentenbildenden Bruttolohn von zurzeit 84 240 Franken (Pensum 100 %).

* Bei allen öffentlichen Kassen wurden das geltende Reglement verwendet oder – wo bekannt – die Angaben gemäss den geplanten Umstellungen, so zum Beispiel für die Berner Kassen die Angaben gemäss der Vorlage zum Primatwechsel ab 2015.

** CS: Standardplan, Gastrosocial: Plan Uno Basis

Quelle: Swisscanto



Stephan Wyss von Swisscanto berät die Berner Regierung. *Andreas Blatter*